**Vorschlag zur Konfliktbearbeitung in Münster**

**Ortwin Renn, Stuttgart**

Die Akzeptanz von kollektiv verbindlichen Regelungen und Planungen vor allem im Hinblick auf Stadtentwicklung und technische Infrastruktur sind in der jüngsten Zeit zunehmend unter Legitimationsdruck geraten. Zum ersten lässt sich eine zunehmende Akzeptanzverweigerung der betroffenen BürgerInnen gegenüber der legalen Politik beobachten. Allein die Tatsache, dass ein Beschluss demokratisch zustande gekommen ist, reicht nicht mehr aus, um Akzeptanz bei den Betroffenen auszulösen. Dies hat sich besonders deutlich bei den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gezeigt. Die BürgerInnen verlangen darüber hinaus eine Nachvollziehbarkeit der zum Beschluss führenden Argumente und Zielkonflikte. Vor allem sind sie nicht mehr gewillt, Lasten in ihrer Lebenswelt hinzunehmen. Dies gilt vor allem, wenn wie in Münster die Gestaltung der eigenen Lebensumwelt zur Diskussion steht. Zum zweiten konstatieren Beobachter des politischen Systems eine zunehmende Überlastung von Verantwortlichen in Politik und Verwaltung angesichts der Komplexität und des Differenzierungsgrades des zum Entscheiden notwendigen Wissens. Schon heute lassen sich Politik und Verwaltung durch eine kaum mehr überschaubare Zahl von Beiräten und Kommissionen beraten. Zum dritten verlieren Berufspolitiker zunehmend die Beziehung zu ihrer Basis und sind deshalb auf neue Prozesse der Rückkopplung von Werten und Interessen aus Sicht des "Mannes oder der Frau auf der Straße" an die Politik angewiesen. Die herkömmliche Form der Rückkopplung durch Meinungsbefragung oder persönliche Kontakte erweist sich in der politischen Praxis als ungenügend, oft sogar als irreführend. Schließlich sind die gängigen Formen des Lobbyismus zunehmend durch Organisationen dominiert, die überwiegend partielle Interessen in der Gesellschaft vertreten. Aus all diesen Gründen ist es notwendig und sinnvoll, die legalen Formen der Konfliktaustragung durch neue Elemente zu ergänzen.

Welche neuen Elemente sind hier zu nennen? Zum einen ist es hilfreich, Konflikte, die auf Ja-Nein-Alternativen beschränkt erscheinen, durch neue Optionen zwischen den beiden Extremen aufzufächern. Konflikte, die nur Gewinner und Verlierer kennen, sind wesentlich schwieriger zu behandeln, als solche, bei denen es eine Reihe von Zwischenlösungen gibt. Der Soziologe Hischmann hat diese beiden Konflikttypen als teilbare und unteilbare Konflikte bezeichnet. Eine wichtige Strategie der Politik muss es sein, so weit wie möglich unteilbar erscheinende Konflikte durch die Schaffung neuer Varianten in teilbare zu transformieren. Häufig lassen sich Lösungen finden, bei denen die Anliegen aller Konfliktparteien berücksichtigt werden, so dass niemand als Verlierer aus dem Konflikt herausgehen muss. Dies ist vor allem bei Fragen der Stadtplanung und -erneuerung wie in Münster angebracht; denn es gibt immer mehrere konkurrierende Nutzungsansprüche, die zum Teil parallel erfüllt werden können. Stadtplanung ist selten ein Nullsummenspiel.

Zum zweiten geht es darum, die Konfliktparteien mehr als früher in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Dabei geht es nicht um eine Konkurrenz zu demokratisch verfassten Entscheidungsorganen, sondern vielmehr um eine Bereicherung des Entscheidungsprozesses durch neue Formen der Beteiligung und Mediation. Gerade die Professionalisierung der Politik hat den für Akzeptanz notwendigen Nachvollzug von Konfliktlösungen immer schwieriger gemacht. Gleichzeitig ist das Misstrauen gegen die politischen Generalisten in einzelnen Lebensbereichen (etwa Umwelt, Technik und Infrastruktur) angestiegen. So agieren Bürgerinitiativen gegen die ihrer Meinung nach unnötigen und schädlichen Veränderungen ihrer Lebenswelt oder stellen die Rationalität und Fairness von Entscheidungen (vor allem im Umweltbereich) infrage. Dieser Legitimationsentzug ist nicht mit dem Hinweis auf die St.-Florians-Mentalität abzutun. Dahinter steht die berechtigte Sorge, dass bei der Abwägung von politischen Handlungsalternativen unmittelbare kommunale oder regionale Belange in den Hintergrund gedrängt werden. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll und zweckmäßig, die Vertreter der Konfliktparteien in den Prozess der Entscheidungsvorbereitung einzubeziehen. Hier können sie ihre Bedenken und Anliegen frühzeitig äußern und die jeweiligen Gegenargumente kennen lernen und ausdiskutieren. Die bisher üblichen Anhörungen erfolgen zu spät im Entscheidungsprozess, um noch wirkliche Impulse im Sinne neuer Optionen oder Variationen einzubringen. Aufgrund ihrer starren Struktur (hier Podium, dort die Einwänder) sind sie oft durch rituelle Konfliktaustragungsformen gekennzeichnet, bei denen ein sozialer Lernprozess für beide Seiten nicht stattfinden kann. Wesentlich effektiver sind dagegen Verfahren wie Runde Tische, Mediationsrunden, Bürgerkommissionen, Konsensuskonferenzen oder andere Beteiligungsformen, bei denen die Konfliktparteien nicht gegeneinander, sondern miteinander an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Wahl einer akzeptabeln Politikoption, sondern auch und gerade um das Einüben von Argumentations- und Aushandlungsprozessen, die einen wesentlichen Bestandteil sozialen Lernens ausmachen.

Solche Prozesse des sozialen Lernens und der frühzeitigen Einbindung von Bürgern in die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen könnten auch in Münster zum Einsatz kommen. Besonders geeignet wäre hier eine Kombination von Runder Tisch und Bürgerforen. Am Runden Tisch sollten alle organisierten Interessengruppen und Initiativen gemeinsam nach Lösungen suchen, die allen Anliegen entgegen kommen. Parallel dazu könnten in den betroffenen Gebieten unter Aufsicht des Runden Tisches Bürgerforen mit nicht organisierten BürgerInnen veranstaltet werden, in denen nach Zufall ausgewählte Bewohner der betroffenen Ortsteile ihre Präferenzen und Wünsche artikulieren und an den Runden Tisch weiter vermitteln. Der Runde Tisch sollte in einer Frist von maximal sechs Monaten dann ein gemeinsames Votum an die legalen Entscheidungsträger (Stadtrat) vorlegen. Das letzte Wort soll und kann nur das demokratisch legitimierte Gremium haben.

Zum dritten ist die Akzeptanz von politischen Entscheidungen von der Transparenz der Entscheidungsfindung selbst abhängig. Sozialwissenschaftliche Studien zeigen deutlich, dass Menschen auch unpopuläre Entscheidungen mittragen, wenn sie davon überzeugt sind, dass ihre Argumente fair behandelt wurden und der Prozess der Entscheidungsfindung nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt ist. Dazu ist es notwendig, bei Konflikten nicht nur die Ergebnisse der politischen Beratungen zu vermitteln, sondern auch die Argumente, Gegenargumente und Abwägungsurteile mit zu kommunizieren. In eine Medienlandschaft, in denen politische Nachrichten auf Sound-Bite Größe reduziert werden, ist diese Aufgabe schwer zu bewältigen. Wie aber das Beispiel Stuttgart 21 gezeigt hat, hilft es sehr, die Sitzungen der Entscheidungsgremien und der entsprechenden Beteiligungsformen (hier also des Runden Tisches) live im Internet zu übertragen. Dann kann sich jeder Bürger und jede Bürgerin selbst ein Bild von den Argumenten und Entscheidungen machen. Das Internet ist besonders gut geeignet, zur Transparenz des Prozesses beizutragen. Als Beteiligungsinstrument ist es jedoch zu anonym. Es kann bestenfalls die Beratungen des Runden Tisches oder die Treffen der Bürgerforen ergänzen. Stätten der direkten Begegnung zwischen Politikern, Planern und betroffenen Personen sind unabdingbar für eine konstruktive Konfliktbearbeitung. Mehr Beteiligung der BürgerInnen an politischen Aufgaben, ein vermehrtes Engagement der BürgerInnen bei Gemeinwohlaufgaben und ein öffentlich wirksamer Erfahrungsaustausch zwischen Politik und anderen Lebensbereichen helfen, ein Stück weit Distanz zwischen Politik und Öffentlichkeit abzubauen und zur Gestaltung einer lebenswerten Umwelt beizutragen.